Einzel-Nr.: 20 Pfennig

Leipziger Tageblatt und Handels-Zeitung

Bezugspreis einschl. Bilder- u. Kinder-Kurier • Durch die Post in Deutschland monatlich 3.50 Mk. Bestellgeld extr. Ausland 6 Mk. einschl. Porto. Erscheint tägl. morg. Höh. Gewalt schließt Erfüllung aus. Schriftl., Geschäftsst., Druckerei: Leipzig, Johannisgasse 8 (Fernspr. Ortsgespr. Sammel-Nr.: 70811, Ferngespr. 17089–17092) ebenda u. in allen Filialen Anzeigen- und Abonnement-Annahme; auch nimmt jedes Postamt Bestellungen an.

Anzeigenpreis: für die Gesamt-(Stadt- u. Post-) Auflage: Die 12gespaltene 24 mm breite mm-Zeile zweiundzwanzig Pfennig. Familienanzeigen von Privaten mm-Zeile sechs Pfennig. — Gelegenheitsanz., Stellengesuche, Reklamezeilen, Rabatte usw. nach Tarif. Für komb. Auftr. mit R. L. J. Sonderbedingungen. Platz- u. Datenvorschrift. unverbindl. Erfüllungsort u. Gerichtsstand Leipzig (Amtsger. Leipzig) Postscheck-Kto. Leipzig 3004.

Das Leipziger Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig

Nr. 337 Leipziger Schriftleitung: Johannisgasse 8 (Fernsprecher 70811) Berliner Schriftleitung: Kochstr. 21 (Fernspr. Dönhoff 3600–3663) — Sonnabend, den 20. Dezember 1924 — Dresdner Schriftleitung Loschwitz, Schillerstr. 35 (Fernspr. Loschwitz 717) Hallesche Schriftleitung Martinstraße 17 (Fernsprecher 6588) — 118. Jahrg.

Der Erfolg der Reichstagswahlen

Von Hans Delbrück.

Man hört vielfach die Aeußerung, die Auflösung des Reichstages sei überflüssig gewesen, da die Parteien so ziemlich in derselben Stärke wiedergekommen und nur durch den Wahlkampf die Gegensätze zwischen ihnen verschärft und dadurch eine Regierungsbildung erschwert worden sei. Diese Auffassung ist nicht zutreffend. Allerdings ist der Spalt der Volkspartei auf der einen und dem Zentrum und der Demokratischen Partei auf der anderen Seite durch den Wahlkampf vergrößert worden. Aber auch ohne diese Vergrößerung war der Wille, sich von der Linken zu trennen, in der Deutschen Volkspartei so stark, daß die Konstellation in dieser Beziehung durch den Wahlkampf nicht wesentlich beeinflußt worden ist. Umgekehrt aber haben die Neuwahlen eine sehr wichtige Verbesserung der Lage gebracht vermöge der Niederlage der beiden extremen Parteien, des völligen Zusammenbruchs der Völkischen und des starken Rückgangs der Kommunisten. Dabei ist die Verschiebung in den Stimmenverhältnissen im Reichstag selbst nicht das wichtigste. Das wichtigste sehe ich vielmehr in der Wirkung nach außen. Deutschland wird noch immer trotz seiner vollendeten Machtlosigkeit von den anderen Völkern mit Argwohn betrachtet. Wie groß die deutsche Machtlosigkeit ist, hat soeben der General Graf Montgelas in wahrhaft erschütternder Weise in den „Europäischen Gesprächen" (Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, Dezemberheft 1924) dargelegt. Noch auf Generationen ist Deutschland schlechterdings unfähig, an einen Waffengang mit irgend einem seiner Nachbarn zu denken. Was man aber drüben fürchtet, ist ein Ausbruch des Fanatismus, in dem sich Bolschewismus und Nationalismus verschmelzen könnten; auch in Rußland ist ja der Bolschewismus zugleich nationalistisch. Der Argwohn, daß eine ähnliche Verbindung in Deutschland zur Herrschaft gelangen könnte, ist nunmehr durch die Reichstagswahl, bei der gerade diese beiden Richtungen am schlechtesten gefahren sind, stark abgedämpft. Parteien, die in offenbarem Rückgang begriffen sind, kann man nicht mehr fürchten. Das wirkt auch weiter auf die Nachbarparteien. Die Deutschnationalen brauchen nicht mehr aus Rücksicht auf Wähler-Stimmen und Wähler-Abwanderungen der völkischen Demagogie so viel Zugeständnisse zu machen und ebenso die Sozialdemokraten den Kommunisten. Ich denke, das ist ein sehr wesentlicher Gewinn, mag nun das nächste und das übernächste Ministerium zusammengesetzt sein wie es will.

Auch nach innen wird diese Reichstagswahl Wirkungen ausüben, die viel bedeutsamer sind, als das direkte Ergebnis. Die Zukunft Deutschlands wird nicht zum wenigsten davon abhängen, wie schnell und wie sehr sich die sozialdemokratische Partei von der marxistischen Doktrin loslöst und zu einer überlegten Realpolitik übergeht. Diese Bewegung war ja bereits vor dem Kriege im Gang, ist durch den Krieg und die Revolution teils gefördert, teils aufgehalten worden, und es kommt viel darauf an, in welchem Tempo es weitergeht. Der praktische Ausdruck der marxistischen Doktrin ist die Parole des Klassenkampfes, die Vorstellung, daß das moderne Wirtschaftsleben eine natürliche Spaltung zwischen Arbeiterschaft und Kapitalisten mit sich bringe, die notwendig das ganze politische Leben beherrsche. Diese Lehre ist schon wesentlich erweicht durch die Betrachtungen, wer eigentlich zur „Arbeiterklasse" gehöre. Der Doktrin nach und eigentlich nur gemeint die Arbeiter der industriellen und landwirtschaftlichen Großbetriebe. Man fand die Formel der „Hand- und Kopfarbeiter", was den Begriff der Arbeiterklasse sehr ausdehnte, namentlich auch in die Kreise der Kleinbesitzer, Krämer und Angestellten hinein. Kopfarbeiter aber sind schließlich auch die Großindustriellen: wer war ein fleißigerer Kopfarbeiter als Stinnes? Die letzten Wahlen brachten nun die Gefahr, daß durch Proklamierung des Bürgerblocks der komplementäre Begriff der Arbeiterklasse von neuem belebt wurde. Zweifellos haben ja aus mannigfachen Gründen auch viele Arbeiter für die Deutschnationalen oder für die Volkspartei gestimmt, und alle diese Stimmen legen Zeugnis ab gegen den Glauben an das alleinseligmachende Prinzip des Klassenkampfes.

Noch viel wichtiger ist aber doch, daß zwei organisierte Parteien sich der Parole des Bürgerblocks versagt haben, das Zentrum und die Deutsch-demokratische Partei. Die letztere Partei hat in diesem Wahlkampf als ein Glied der Linken an der Seite der Sozialdemokratie gefochten. Das wird ihr hier und da Schaden getan haben, hat aber den für alle Zeit unschätzbaren Vorteil gebracht, daß kein ehrlicher Sozialdemokrat mehr das alte Schlagwort von der „einen reaktionären Masse" aller Nicht-Sozialdemokraten wiederholen kann. Ich wage nicht zu sagen, daß es mit der Parole des Klassenkampfes definitiv zu Ende sei. Eine Partei kommt von Doktrinen, die jahrzehntelang gepredigt und den Massen eingehämmert worden sind, so leicht nicht los, und die Kommunisten werden dafür sorgen, daß man nicht etwa stillschweigend über die Schwierigkeit hinweggleitet. Immer wieder werden sie die Massen darauf hinweisen, daß die heutige Sozialdemokratie die heiligen Prinzipien der Vorfahren verleugne und sie deshalb für Verräter erklären. Aber Doktrinen, so mächtig sie sind, kommen schließlich doch nicht auf gegen Tatsachen. Seit fünf Jahren haben wir einen sozialdemokratischen Reichspräsidenten, der bald diese, bald jene Partei auffordert, ein Kabinett zu bilden; in Preußen und vielen anderen Staaten sitzt die Sozialdemokratische Partei mit anderen Parteien zusammen in der Regierung, und fast noch mehr als das alles bedeutet der eben ausgefochtene Wahlkampf. Denn das Zusammenwirken in der Regierung kann als ein Notbehelf dargestellt werden. Daß aber das Zentrum und die Deutschdemokratische Partei sich beim Wahlkampf der Parole des Bürgerblocks versagt haben, darin lag eine prinzipielle Entscheidung.

Man hat dem Gedanken des Bürgerblocks auch den Gedanken der „nationalen Politik" im Gegensatz zu der internationalen Einstellung der Sozialdemokratie unterlegen wollen. Gewiß gibt es diesen Gegensatz. Auch in der Behandlung der Kriegsschuldfrage ist die Linke erst ganz allmählich auf den rechten Weg gelangt. Aber in der Forderung des Tages, wie sie heute an die auswärtige deutsche Politik gestellt wird, kommen wir mit dem nationalen Gedanken nicht aus. Deutschland muß sich notwendig auch der Hilfen bedienen, die die internationale Gedankenwelt bietet. Die Nationen der Kulturwelt bilden bei aller Besonderheit doch eine große Einheit, und das alte Deutschland vor dem Weltkriege hat schwer dadurch gesündigt, daß es den Geboten dieser Einheit vielfach in Gesinnung und Taten widerstrebte." Sogar Treitschke hat zuweilen darüber geklagt, daß der kosmopolitische Gedanke bei uns zu sehr zurückgetreten sei. (Vergl. die Vorrede zur Sammlung meiner Kriegsaufsätze „Krieg und Politik" 1914–1918.) Der Tradition nach muß man jetzt erwarten, daß die internationale Tendenz in der Linken sich für die Führung der deutschen Politik günstig verwerten läßt. Ohne die Bundesgenossenschaft und die Pflege des kosmopolitischen Gedankens gibt es für Deutschland keine nationale Politik mehr. Wieviel auf diesem Boden und mit diesen Mitteln zu erreichen ist, läßt sich nicht prinzipiell bestimmen. Es wird von der Geschicklichkeit des Außenministers abhängen, und da ist allerdings mein Vertrauen nicht sehr groß.

Die Regierungsbildung bis Januar vertagt

Das Kabinett Marx bleibt vorläufig im Amte

Berlin, 19. Dezember.

Der Reichskanzler berichtete heute vormittag dem Reichspräsidenten über seine gestrigen Besprechungen mit den Parteiführern, die ergeben haben, daß die Fraktionen an ihren Beschlüssen festhalten und daher zur Zeit die Bildung einer Mehrheitsregierung unmöglich erscheint. Der Reichspräsident und der Reichskanzler kamen bei dieser Sachlage dahin überein, daß die Neubildung der Regierung bis kurz vor Zusammentritt des Reichstages hinausgeschoben wird und daß das bisherige Kabinett bis dahin die Geschäfte weiterführt.

Der Reichskanzler hielt heute mittag eine Ministerbesprechung ab, in der er über die Lage Bericht erstattete. Die Minister traten den Ausführungen des Reichskanzlers bei und erklärten sich bereit, die Geschäfte weiter zu führen.

Die Pause

R Berlin, 19. Dezember.

Die Bemühungen des Kanzlers Marx um die Bildung einer neuen Regierung sind heute also provisorisch eingestellt worden. Damit ist in der Entwicklung der neuesten Kabinettskrise eine Pause eingetreten, die bis etwa zum 5. Januar dauern soll. Wie sie sich dann lösen soll, ist heute noch ebenso ungewiß wie gestern, oder besser: ebenso unwahrscheinlich wie gestern ist, daß dann ein neues Kabinett Marx vor den Reichstag tritt. Wie dieses Kabinett parlamentarisch unterbaut sein wird, soll sich in den nun bevorstehenden Feiertagen, von denen man eine allgemeine Entspannung und auch innerliche Ueberwindung des Wahlkampfes erwartet, allmählich herausstellen. Vermutlich aber wird es in weniger enger Bindung zu den Parteien stehen als seine Vorgänger, und vor allem versuchen, durch das Gewicht der in ihm vereinigten Persönlichkeiten und des von ihm vertretenen Programms das Vertrauen des Reichstages zu gewinnen. Von der Gefahr des Abgleitens dieses parteipolitisch nicht festgelegten Kabinetts in die Katastrophen, in denen das auf ähnlichem Grundriß aufgebaute Kabinett Cuno endete, würde es durch die bewährte Führerschaft des Kanzlers Marx bewahrt bleiben. Vor allem darf man aber auch nicht vergessen, daß sich bis zum 5. Januar die außenpolitische Lage des Reiches so zugespitzt haben wird, daß der Druck schließlich auch die heute noch in der Deutschen Volkspartei so lebhaften Widerstände gegen ein neues Mittelkabinett überwinden dürfte.

Was die außenpolitische Lage selbst angeht, so verhehlt man sich auch hier nicht, daß sie sich durch die jüngsten Erklärungen Curzons über die Räumung der Kölner Zone sehr unliebsam kompliziert hat, und zwar empfindet man es hier besonders peinlich, daß anscheinend wieder einmal von der Gegenseite über vertraglich festgelegte Rechte Deutschlands hinweg Entscheidungen getroffen worden sind, die die deutschen Lebensinteressen tief berühren; man glaubt sich einem Rückfall in die früher üblichen Verkehrsformen des Diktats gegenüberzusehen, denn es ist bisher keinerlei Anfrage an Deutschland gelangt, wie das Reich sich zu einer Verlängerung der Okkupation Kölns stellen würde und welche Kompensationen etwa dafür zu erwarten wären, eine Anfrage, deren Beantwortung sich Deutschland sicherlich nicht entzogen hätte. Einer vernünftigen Aussprache über den gesamten Komplex der Räumungsfrage hätte sich die Reichsregierung sicherlich nicht entzogen. Um so schwerer trifft es sie, und mit ihr alle verständigungsbereiten Kreise in Deutschland, daß man sich offenbar hinter dem Rücken Deutschlands darüber geeinigt hat, Köln nicht zu räumen.

Die Begründung für die verzögerte Räumung Kölns ist übrigens höchst fadenscheinig. Wenn der Bericht der interalliierten Kontrollkommissionen bisher nicht fertig wurde, so liegt das Verschulden daran doch kaum an Deutschland. Außerdem wäre das eine rein technische Angelegenheit, von der man offizielle Entscheidungen nicht abhängig machen dürfte. Liegen aber materielle Gründe für die Anschuldigung vor, daß Deutschland seinen Entwaffnungsverpflichtungen nicht nachgekommen ist, so müßte man verlangen, daß die Alliierten sich nicht einfach hinter der bequemen Phrase „Obstruktion" verschanzen, sondern eingehend und konkret jene Fälle schildern, in denen die Kontrollkommissionen auf vermeintliche deutsche Obstruktion gestoßen sind. Allerdings erwächst nun wohl auch der deutschen Regierung, obschon sie sich in Demission befindet, überhaupt die Pflicht, den Alliierten gegenüber unverzüglich auf Klarheit zu dringen; die Rede Curzons dürfte genügend Veranlassung dazu geben.

Schweres Bauunglück in Neumünster

Hamburg, 19. Dezember.

Bei dem Neubau des Allgemeinen Bau- und Sparvereins für Neumünster und Umgebung in Neumünster ereignete sich ein schweres Bauunglück. Der Rohbau und das Dachgerüst des dritten Stockwerks waren so weit vorgeschritten, daß die Richtfeier stattfinden sollte. Ein paar Stunden vorher — es befanden sich noch 13 Handwerker auf dem Neubau — stürzte ein Flügel des großen Gebäudes mit donnerähnlichem Getöse in sich zusammen. Acht Personen wurden unter den Trümmern begraben. Die Bergung der Toten und Verletzten gestaltete sich überaus schwierig, da eine große Brandmauer ebenfalls einzustürzen drohte. Die schwankende Mauer wurde durch die Feuerwehr zum Einstürzen gebracht. Nach langen Bemühungen gelang es, einen Maurer und einen Zimmermann als Leichen zu bergen. Vier weitere Leute wurden in schwerverletztem Zustande in das Krankenhaus eingeliefert. Die Ursache des Unglücks konnte noch nicht festgestellt werden.

Todesurteil für Haarmann und Grans

Hannover, 19. Dezember.

Im Haarmannprozeß wurde heute um ½11 Uhr das Urteil gefällt. Haarmann wurde wegen Mordes in 24 Fällen 24mal zum Tode verurteilt. In drei Fällen wurde Haarmann wegen Mordes freigesprochen. Grans wurde wegen Anstiftung zum Morde in einem Falle zum Tode und wegen Beihilfe in einem andern Falle zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Beiden Angeklagten werden die bürgerlichen Ehrenrechte dauernd abgesprochen.

Urteilsbegründung Seite 5.

Tage der Ueberlegung

Die Parteien sind sich vor Weihnachten nicht mehr einig geworden, deshalb ist die Regierungsbildung über das Fest hinaus auf die ersten Tage des Januar vertagt worden. Während die Rechtsblätter sonst eine längere Krise als Anschauungsmaterial für die Unfähigkeit des Parlamentarismus verwandten, sind sie diesmal auffallend still. Der Aerger darüber, daß die Bildung des Bürgerblocks mißlungen ist, hat ihnen die Sprache verschlagen. Es wäre nun grundfalsch, wenn die Republikaner über die Verschleppung der Regierungsbildung lamentieren würden. Gewiß, es ist wenig erfreulich, daß wir gegenwärtig ohne offizielle Regierung sind, aber lieber ein paar Tage auf ein der Reichstagswahl entsprechendes Kabinett warten, als jetzt sofort eine Rechtsregierung zu haben. Denn das ist doch der große Gewinn der letzten Verhandlungstage: Der Bürgerblock und seine Regierung ist ein für allemal erledigt. Das bedeutet schon etwas. Auch sonst hat die Krise klare Scheidungen bewirkt, wobei als besonders wertvoll die rückhaltlose Erklärung des Zentrums für die Republik hervorsticht. Diese Feststellung ist ebenfalls schon einige Tage des Wartens wert, womit noch nicht gesagt sein soll, daß die Verzögerung notwendig war. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß dies ganze Gerede von dem Bürgerblock dem Wahlresultat zu widerläuft, also vollkommen unnötig war. Die Initiative zur Regierungsbildung hätte vom ersten Tage an von den republikanischen Parteien ausgehen müssen.

Der einfache, in politischen Dingen unverdorbene Mensch wird von Anfang an in der Großen Koalition, die einzig gegebene Lösung gesehen haben, d. h. die Scheidung des Volkes in die große Gruppe der Arbeits- und Verantwortungsfreudigen und in die kleine Gruppe der Quertreiber und Wirrköpfe. Die politische Parteitaktik, die es in den letzten Tagen fertiggebracht, diese Volkskoalition unmöglich zu machen, wird im Lande nicht verstanden. Die Parteien waren diesmal gezwungen, Farbe zu bekennen. Der Oeffentlichkeit ist also Gelegenheit geboten, das wahre Wesen der Parteien, vor allem der sogenannten Volksparteien kennen zu lernen. Für die Kurzsichtigen einige Fingerzeige:

Die Deutsche Volkspartei folgert, daß der Hauptbeweggrund für die Stellungnahme des Zentrums gegen den Rechtsblock die Ausschreitungen der deutschnationalen Wahlagitation gewesen sei. Allein diese Meinung wirft ein bezeichnendes Licht auf die innere Verfassung dieser Partei. Was sagt man aber dazu wenn Stresemanns Parteiblatt, die „Zeit", ihr Unverständnis über den Zentrumsbeschluß offen ausspricht mit dem naiven Bemerken: „Rückblicke und Erinnerungen an die Vorgänge während des Wahlkampfes dürften doch jetzt für die Haltung einer großen Fraktion nicht mehr ausschlaggebend sein!" Hier wird mit wenigen Worten das unwahrhaftige Wesen der „nationalen Realpolitik" bloßgelegt. Vor den Wahlen werden die Wähler beschwatzt, umworben, in den Himmel gehoben, nach den Wahlen pfeift man auf alle Versprechungen, schaut nur auf eigene Vorteile, schachert um Ministersessel. Welche Verhöhnung des souveränen Volkswillens! Daß diese Anschauung in den Rechtskreisen allgemein geteilt wird, geht aus der gesamten Haltung ihrer Presse hervor. Leipzigs reaktionäres Organ machte davon keine Ausnahme, nur versuchte es, allerdings sehr plump, die Judasrolle den Demokraten zuzuschieben, es verstand auch, rechtzeitig abzubremsen, als das Wetter in Berlin umschlug und alle Rechtsblockpläne verregneten.

Die Krise brachte also bisher die restlose Beseitigung des Rechtsblockgedankens und die Klarheit in der Einstellung der einzelnen Parteien und Gruppen. Sie zeigte ferner in deutlichstem Lichte die Belanglosigkeit der Zwergparteien. Nun fehlt nur noch, daß die republikanischen Parteien ihren Sieg vom 7. Dezember jetzt in Berlin voll ausnutzen, endlich zufassen und eine Regierung aus ihrer Mitte bilden, die eine Gewähr für die gesicherte Entwicklung unserer Geschicke bietet. Die Mehrheit des Volkes rechnet darauf!